

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Martina Renner, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, Clara Bünger, Anke Domscheit-Berg, Dr. André Hahn, Ina Latendorf, Cornelia Möhring, Petra Pau, Sören Pellmann, Dr. Petra Sitte, Kathrin Vogler und der Fraktion DIE LINKE.

Bedrohung von Journalisten und Journalistinnen durch Mitglieder der neonazistischen Partei „Der III. Weg“

Am 26. April 2022 erschien auf der Internetseite der neonazistischen Partei „Der III. Weg“ ein Beitrag unter dem Titel „Erneuter Aufreger in Österreich wegen Eiernockerln am 20. April“. In dem Text, welcher sich gegen Strafverfolgungsmaßnahmen aufgrund des österreichischen NSDAP-Verbotsgesetzes richtet, wird explizit ein Journalist von „heute.at“ als „Denunziant“ bezeichnet (<https://der-dritte-weg.info/2022/04/erneuter-aufreger-in-oesterreich-wegen-eiernockerln-am-20-april/>). Am 10. Mai 2022 wurde unter dem Titel „Im Visier der taz – wie eine neomarxistische „Tageszeitung“ gegen uns hetzt“ ein weiterer Beitrag veröffentlicht. In diesem wird ein Journalist der „Die Tageszeitung“ (taz) mehrfach gezielt namentlich erwähnt. Aus dem Text geht weiter hervor, dass man sich auch intensiv mit dem Twitter-Account des Journalisten beschäftigt hat. Zudem ist eine Verlinkung zum Account enthalten (Im Visier der taz – wie eine neomarxistische „Tageszeitung“ gegen uns hetzt – Nationale Partei – DER III. WEG (der-dritte-weg.info)). Journalisten und Journalistinnen werden immer wieder Ziel von Bedrohungen und Angriffen extremer Rechter, sowohl im Internet als auch in der realen Welt. Nicht selten werden Journalisten dabei zuerst im Internet beleidigt und somit zur Zielscheibe realweltlicher Angriffe (So bedrohen Neonazis kritische Journalisten – Störungsmelder (zeit.de); Pressefreiheit und Rechtsextremismus: Gemeinsam gegen Angriffe (taz.de)).

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Bestehen nach Einschätzung der Bundesregierung für Journalisten und Journalistinnen, die zuvor durch extrem rechte Akteure im Internet bedroht wurden größere Gefahren als für diejenigen, die vorher nicht im Internet Ziel von Bedrohungen wurden?
2. Haben nach Kenntnis der Bundesregierung die Bedrohungen gegen Journalisten und Journalistinnen in den vergangenen zwei Jahren zugenommen?
3. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob Bedrohungssachverhalte extrem rechter Akteure gegen Journalisten oder Journalistinnen Gegenstand von Besprechungen im GETZ-R waren?
4. Sind der Bundesregierung sog. Feindeslisten bekannt, auf denen die Namen von Journalisten und Journalistinnen stehen und die durch extrem rechte Akteure angefertigt wurden oder im Rahmen von Durchsuchungen bei diesen aufgefunden wurden?

5. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob es Bedrohungs-sachverhalte oder Angriffe von Mitgliedern der Partei „Der III. Weg“ gegen Journalisten und Journalistinnen gegeben hat?
 - a) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob es in der Ver-gangenheit im Internet zu Bedrohungen von Journalisten und Journalis-tinnen durch Mitglieder der Partei „Der III. Weg“ gekommen ist?
 - b) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob es seit Januar 2020 Ermittlungsverfahren gegen Mitglieder der Partei „Der III. Weg“ wegen Bedrohung von oder Angriffen auf Journalisten und Journalistin-nen gegeben hat (bitte nach Delikt aufschlüsseln)?
 - c) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob Bedrohungs-sachverhalte von Akteuren der Partei „Der III. Weg“ gegen Journalisten oder Journalistinnen Gegenstand von Besprechungen im GETZ-R wa-ren?
 - d) Sind der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Partei „Der III. Weg“ sog. Feindeslisten bekannt, die durch Mitglieder dieser Partei angefertigt oder im Rahmen von Durchsuchungen bei diesen aufgefunden wurden?
 - e) Sind der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Partei „Der III. Weg“ sog. Feindeslisten bekannt, auf denen sich die Namen von Journalisten und Journalistinnen befinden, die durch Mitglieder dieser Partei angefertigt oder im Rahmen von Durchsuchungen bei diesen auf-gefunden wurden?
6. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob Verbindungen der Partei „Der III. Weg“ nach Österreich bestehen?
 - a) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob Mitglieder der Partei „Der III. Weg“ Verbindungen zu der extrem rechten Gruppierung „Identitäre Bewegung Österreich“ (IBÖ) haben?
 - b) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob Mitglieder der Partei „Der III. Weg“ Verbindungen zu der extrem rechten Gruppierung „Die Österreicher“ haben?
 - c) Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob Mitglieder der Partei „Der III. Weg“ Verbindungen zu der extrem rechten Gruppierung „Wiener Widerstand“ haben?
7. Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, ob Polizeibehörden des Bundes Informationen mit polizeilichen Staatsschutzbehörden Öster-reichs über Mitglieder der Partei „Der III. Weg“ ausgetauscht haben (bitte nach Behörden aufschlüsseln)?
8. Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, ob die polizeiliche Staatsschutzabteilung des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terroris-musbekämpfung (BVT) seit 1. Januar 2020 Informationen an das Bundes-kriminalamt zu Aktivitäten von Mitgliedern der Partei „Der III. Weg“ in Österreich übermittelt hat?

9. Liegen der Bundesregierung polizeiliche Informationen darüber vor, ob Mitglieder der Partei „Der III. Weg“ an extrem rechten Demonstrationen oder Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen in Österreich teilgenommen haben?

Berlin, den 11. Mai 2022

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

